



# Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 7+8/2017

## „Ehe für alle“

Erklärung von Thomas Rachel MdB zur  
Abstimmung im Deutschen Bundestag > 12



## 500 Jahre Reformation

### Perspektiven für Gegenwart und Zukunft

Altbischof Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber > 3

# Liebe Leserin, lieber Leser,



der Deutsche Bundestag hat am 30. Juni dieses Jahres mehrheitlich beschlossen, das Recht auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts einzuführen. Ich vertrete bei diesem Thema eine andere Auffassung und habe deshalb diesen Gesetzesentwurf des Bundesrates abgelehnt und gegen diese sogenannte „Ehe für alle“ gestimmt. Es ist schon einigermaßen widersprüchlich, wie die politische Linke hier nun für das bürgerliche Institut der Ehe streitet, das sie doch selbst jahrzehntelang so entschieden abgelehnt und bekämpft hat. Auch die Art und Weise, wie SPD, Grüne und Linke die Abstimmung über dieses Thema quasi in einer Nacht- und Nebelaktion herbei gezwungen haben sowie den teils ideologisch-anklagenden, teils triumphalen Tonfall einiger Debattenbeiträge aus den Reihen von **Rot-Rot-Grün**, empfand ich als völlig unangemessen. Diese Debatte hat mir andererseits aber auch einmal mehr

gezeigt: In CDU und CSU – mit ihrem klaren, mehrheitlichen Gegenvotum zur „Ehe für alle“ – kann man eben auch über konfliktreiche ethisch-politische Werte- und Gewissensfragen in offener, unaufgeregter, konstruktiver und differenzierter Weise diskutieren. Die lebendige Orientierung am „C“ im Parteinamen wirkt auch diesbezüglich ganz offensichtlich anti-ideologisch, ausgleichend, versöhnend und Brücken bauend. Die Toleranz gegenüber denen, die auch mal eine andere Meinung oder Überzeugung vertreten, bleibt somit in der Union gewahrt. Und darüber bin ich sehr froh, auch wenn ich über das Gesamtabstimmungsergebnis natürlich nicht glücklich bin. Meine Erklärung hierzu finden Sie übrigens auf S. 12 in dieser Ausgabe.

Im September sind Bundestagswahlen. Es geht um die Zukunft unseres Landes. Auch wir als Union haben hierzu unser **Wahlprogramm** vorgelegt. Es trägt den Titel „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ und ist unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de) einsehbar und herunterladbar. In wahrlich bewegten und stürmischen politischen Zeiten kommt es darauf an, auch weiterhin einen verlässlichen Kompass zu haben und Kurs zu halten. Und die Bilanz dieser von **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** geführten Bundesregierung kann sich sehen lassen. Denn trotz aller Krisen und Anfechtungen in der Welt um uns herum können wir doch dankbar sein: Wir leben heutzutage wahrlich im schönsten und besten Deutschland, das wir jemals hatten. Und deshalb darf dieser auf gesellschaftlichen Ausgleich und Maß und Mitte basierende, vernünftige politische Kurs nicht gefährdet werden.

Als CDU und CSU wollen wir – auf der Basis der Orientierung am christlichen Menschenbild – auch in Zukunft eine verantwortliche Politik für alle Menschen in unserem Land gestalten. Wir werden uns dabei konsequent gegen alle Bewegungen, Gruppierungen oder auch Parteien wenden, die mit verheerenden Parolen und billigen Schlagworten unsere Gesellschaft spalten wollen oder in populistischer Weise Menschen gegeneinander aufhetzen. Allen diesen politisch-ideologischen Brandstiftern, die kein Maß und keine Mitte und letztlich auch keine wirkliche Verantwortung kennen, muss entschieden entgegen getreten werden, egal ob von rechts oder – wie gerade in Hamburg beim **G20-Gipfel** überdeutlich wurde – von links.

Als Union bekennen wir uns demgegenüber dazu, dass der Mensch mit seiner von Gott verliehenen, unantastbaren Würde im Mittelpunkt steht und nicht irgendeine politische Ideologie oder Utopie. Auf der Basis des „C“ führen wir so Menschen, Positionen und Ziele in ausgleichender und versöhnlicher Weise zusammen und erweisen uns darin als Volkspartei mit Maß und Mitte. Wir bekennen uns ausdrücklich zum jüdisch-christlichen Erbe und würdigen und unterstützen die Kirchen, die einen unverzichtbaren Beitrag zum geistigen Leben in Deutschland und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

Ihr

**Thomas Rachel MdB**

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



## Inhaltsübersicht

- 3 | 500 Jahre Reformation – Perspektiven für die Gegenwart und Zukunft
- 11 | Evangelisches Leserforum
- 12 | „Ehe für alle“ – Erklärung von Thomas Rachel
- 13 | Aus unserer Arbeit



# 500 Jahre Reformation – Perspektiven für die Gegenwart und Zukunft

Vortrag auf der 51. EAK-Bundestagung

*Altbischof Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber*

**M**it dem Thema dieser Bundestagung, das zugleich das Thema meines Vortrags sein soll, haben Sie mir eine ebenso reizvolle wie unmögliche Aufgabe gestellt. Aus einem halben Jahrtausend Reformationgeschichte Perspektiven für die Gegenwart und Zukunft zu entwickeln, ist eine großartige Idee; aber die damit verbundenen Erwartungen können nur enttäuscht werden. Dieser Enttäuschung versuche ich zuvorzukommen, indem ich Ihnen gleich sage, welche begrenzte Aufgabe ich mir in den folgenden Überlegungen stellen möchte. Ich will zunächst darstellen, worin ich den Kern des reformatorischen Aufbruchs sehe; denn er sollte doch der Maßstab sein, wenn es darum geht, was wir für Gegenwart und Zukunft aus der Reformation lernen wollen. Ich will sodann eine Frage aufgreifen, die eine Lebensfrage für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU darstellt. Die Frage heißt, warum die evangelische Gestalt des christlichen Glaubens in einer spezifischen Weise die Bereitschaft einschließt, politische Verantwortung in der Demokratie und für die Demokratie zu übernehmen. Schließlich will ich unter den großen Fragen unserer Gegenwart eine einzige Frage diskutieren, nämlich die Frage, wie angesichts der radikalen Pluralität unserer Gesellschaft Integration und Zusammenhalt möglich sind. Damit lasse ich viele Fragen zurücktreten, die mir genauso wichtig sind. Ich erwähne nur zwei, die ich

deshalb heute nicht behandle, weil ich auf sie während des Kirchentags noch zu sprechen komme: Die eine Frage betrifft das Verhältnis von Reformation und Ökumene; die andere bezieht sich auf den digitalen Wandel als die vielleicht folgenreichste Veränderung, die wir gegenwärtig erleben – eine Veränderung mit weitreichenden Folgen für die Zukunft. Aber ich nehme an, Sie stimmen mir darin zu, dass wir mit den ausgewählten drei Fragestellungen in der zur Verfügung stehenden Zeit genug zu tun haben.

## **I. Der Kern der Reformation**

Als Christoph Kolumbus im Jahr 1492 versuchte, Ostasien durch die Überquerung des Atlantischen Ozeans zu erreichen, stieß er in der Karibik auf einen unerwarteten Kontinent. Aber er war nicht der erste Europäer, der dort landete. Vielmehr hatten Grönländer schon ein halbes Jahrtausend vorher das amerikanische Festland zu Gesicht bekommen. Dennoch verbindet man die Entdeckung Amerikas fest mit der Reise des Kolumbus.

Als Martin Luther am 31. Oktober 1517 seine Thesen zu Ablass und Buße an der Tür der Schlosskirche zu Wittenberg öffentlich zur Kenntnis brachte, war das eine mutige Tat. Aber Luther war nicht der erste, der die kirchlichen Zustände des

späten Mittelalters kritisierte. Andere hatten schon vor ihm die Gestalt kirchlicher Herrschaft, die Ausnutzung der Angst vor den Sündenstrafen im Fegefeuer für einträgliche Ablassgeschäfte und den Gegensatz zwischen dem geistlichen und den weltlichen Ständen kritisiert. Dennoch verbindet man das reformatorische Geschehen fest mit der Person Martin Luthers und datiert dessen Anfang auf den 31. Oktober 1517 – und dies natürlich mit gutem Grund.

Dass dies der Tag war, an dem Luther seine Thesen veröffentlichte, lässt sich nicht bestreiten. Manche zweifeln daran, dass Luther selbst den Hammer schwang, um sie an der Tür der Schlosskirche von Wittenberg auszuhängen. Ich selbst vermute, dass der Wittenberger Professor sich nicht in die Aufgaben des Pedells der Universität einmischte, dem es oblag, derartige Mitteilungen an der Tür der Schlosskirche zum Aushang zu bringen, weil sie als Schwarzes Brett der Universität diente.

Aber daran, wer den Hammer schwang, hängt es nicht. Das Datum des 31. Oktober selbst ist dadurch unzweifelhaft verbürgt, dass Luther seine Thesen an diesem Tag an seinen unmittelbaren kirchlichen Vorgesetzten, den Bischof Hieronymus Schulz in Brandenburg an der Havel schickte. Da ich heute Dechant des Doms bin, an dem jener Hieronymus Schulz residierte, liegt mir dieser Brief natürlich besonders am Herzen. Wichtiger war freilich ein zweiter Brief, den Luther am selben Tag versandte, um seine Thesen an Albrecht von Brandenburg zu schicken, den Bruder des Kurfürsten Joachim I. von Brandenburg. Da ihm als dem Jüngeren das brandenburgische Kurfürstenamt versperrt war, hatte er sich zum geistlichen Stand entschlossen; in kurzer Zeit hatte er eine Reihe kirchlicher Leitungämter übernommen und war dadurch wie sein Bruder Kurfürst, aber darüber hinaus auch Erzkanzler des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation geworden. Die nach kanonischem Recht unerlaubte Häufung geistlicher Ämter musste er der Kurie bezahlen. Der Verkauf von Ablassbriefen war für ihn deshalb von großer Bedeutung. Verständlicherweise ließ er Luthers Thesen unbeantwortet und leitete sie wegen des Verdachts der Ketzerei unmittelbar nach Rom weiter. Damit wurden bereits die Weichen dafür gestellt, dass Luthers Anstoß nicht zur inneren Reform der einen westlichen Kirche genutzt wurde, sondern in eine Kirchenspaltung mündete – die zweite große Kirchenspaltung des europäischen Christentums nach dem Schisma zwischen Ost und West ein halbes Jahrtausend zuvor.

Freilich sollte sich zeigen, dass damit nicht nur ein Verlust an Einheit bis hin zu konfessionellen Bürgerkriegen, sondern auch ein Pluralisierungsschub verbunden war, der sich für die kulturelle, gesellschaftliche und politische Präsenz des christlichen Glaubens als förderlich erwies. Jede Beschäftigung mit den christlichen Konfessionskulturen der Neuzeit wird die gewachsene Pluralismusfähigkeit des Christentums, den Zugewinn an Freiheit und den allmählich daraus erwachsenen Sinn für die Freiheit von Glauben und Religion zu würdigen wissen. Den Verlust an Einheit als Skandal zu brandmarken, reicht nicht zu; man muss sich vielmehr darum bemühen, Zusammengehörigkeit so zu gestalten, dass dabei die produktive Kraft von Verschiedenheit nicht verloren geht. Auf diese Weise eignet der Reformation ein spezifisch ökumenischer Zug.

Man kann den Beginn der Reformation freilich auch anders erzählen. Für diese andere Erzählung liegt der Beginn nicht in der Publikation der 95 Thesen, sondern in einer Entdeckung, die

Martin Luther beim Studium des Römerbriefs des Apostels Paulus förmlich überfiel. Es ging um den Satz: „Der Gerechte wird aus Glauben leben“. Es ging um die Gerechtigkeit vor Gott, die sich allein der Gnade Gottes verdankt. In der Konzentration auf Gottes befreiende Gnade in Christus sah Luther die Mitte des Römerbriefs und der ganzen Heiligen Schrift. Nach langem Ringen gewann er die Einsicht, dass der Mensch nicht durch seine eigenen Werke, sondern durch Gottes Gnade in Jesus Christus gerecht wird. Dass der biblische Text für jeden solche Erleuchtungen bereit hält, war Luthers Überzeugung. Deshalb lag ihm das Dolmetschen der Bibel so sehr am Herzen; beinahe 25 Jahre lang widmete er sich wieder und wieder dieser Aufgabe; zur Entwicklung der deutschen Schriftsprache, zur Neuprägung von Wörtern und Begriffen trug er damit genauso bei wie zur Zugänglichkeit der Bibel für jedermann. Deshalb ist die Lutherbibel 2017 tatsächlich ein herausragender Beitrag zum Reformationsjubiläum, ja ein wichtiges Kulturereignis.

Die beiden exemplarisch skizzierten Zugangsweisen zur Reformation zeigen, dass Martin Luther keine neue Kirche gründen wollte. Wie die anderen Reformatoren vor, mit und nach ihm wollte er die existierende Kirche zu ihren Wurzeln und zu ihrem Auftrag zurückführen, nicht eine neue Kirche ins Leben rufen. Der Gang der Ereignisse führte dazu, dass die angestrebte Kirchenreform nur in einem Teil der Kirche durchgeführt wurde – und dies nur mit Hilfe der kurz zuvor durch eine Reichsreform erstarkten Fürsten und städtischen Magistrate; so entstand das Landeskirchentum. Es hat in Deutschland vier der fünf Jahrhunderte bestimmt, die seit den Anfängen der Reformation vergangen sind.

Auch wer in dieser und anderen Hinsichten den Abstand der Reformation von unserer Gegenwart betont, sollte die Züge an ihr nicht vergessen, in denen sich Neues ankündigte: in der Verknüpfung der Gnade Gottes mit der Freiheit des Christenmenschen, in der Berufung zur christlichen Verantwortung im weltlichen Handeln, im Vorrang der Gewissensbindung vor dem Obrigkeitengehorsam, im Beharren auf der Gleichheit aller Menschen unabhängig von Amt und Stand. Auch die reformatorische Vorstellung von der radikalen Gleichheit aller Getauften gehört in diese Reihe. Es zählt zu den Paradoxien der reformatorischen Theologie, dass sie dem Priesterstand den Abschied gab, aber zugleich alle Getauften zu Priestern erklärte. Diese Paradoxie sollte Aufmerksamkeit wecken. Jeder Getaufte ist zum Glaubenszeugnis in Wort und Tat berufen. Jede ethisch zu verantwortende weltliche Aufgabe gründet ebenso in einer „Berufung“ durch Gott wie die Ordination in ein geistliches Amt.

Martin Luthers Reformation ist durch einen Zug gekennzeichnet, den der Historiker Berndt Hamm als „normative Zentrierung“ bezeichnet hat. Die Reformatoren wehrten sich gegen die verwirrende Komplexität des Glaubensverständnisses und der Glaubenspraxis im späten Mittelalter. Diese Komplexität wurde durch das Bild einer Leiter anschaulich gemacht, die unübersehbar viele Sprossen hat, auf denen der Gläubige sich dem Himmel nähert. Die Reformatoren dagegen hielten sich an das Bild des Kreises, der nur ein einziges Zentrum kennt: Christus, wie er in der Heiligen Schrift bezeugt wird – Christus, in dem Gottes Gnade zum Menschen kommt und vom Menschen im Glauben angenommen wird. Dieses Zentrum bestimmt die christliche Freiheit, zu der wir Menschen durch Gottes Gnade berufen werden und die wir in der Liebe zum Nächsten wie zu uns selbst bewahren. Dieses Zentrum soll und kann nach meiner Auffassung auch nach fünfhundert Jahren ein Reformationsjubiläum bestimmen. Denn es ist nicht überholt, sondern unverändert aktuell. Im Reformationsjubiläum des Jahres 2017 verbindet sich dieses Zentrum mit zwei besonderen Kennzeichen, in



denen sich das jetzige Reformationsjubiläum dramatisch und eindrucksvoll von seinen Vorgängern unterscheidet.

Wir erleben das erste Reformationsjubiläum in der Geschichte der evangelischen Kirchen, das sich mit einem Reformationsgedenken in ökumenischer Gemeinsamkeit verbindet. Im Jahr 1999 haben sich die römisch-katholische Kirche und die lutherischen Kirchen dazu bekannt, dass die Überzeugung von der Rechtfertigung des Menschen allein aus Gnade die Kirchen nicht mehr voneinander trennt. Im Jahr 2007 wurde für den deutschen Bereich bekräftigt, dass die Kirchen die in ihnen stiftungsgemäß vollzogene Taufe wechselseitig anerkennen. Auch wenn im Blick auf das Sakrament des Altars ein vergleichbarer Schritt wegen gravierender Unterschiede im Amtsverständnis noch nicht vollzogen wurde, sollte man das Erreichte nicht gering schätzen. Wir haben gerade in Deutschland viel Grund

**„Wir haben gerade in Deutschland viel Grund dazu, die bleibenden Unterschiede der Kirchen als Ausdrucksformen einer tiefer liegenden Gemeinsamkeit zu betrachten.“**

dazu, die bleibenden Unterschiede als Ausdrucksformen einer tiefer liegenden Gemeinsamkeit zu betrachten und verständlich zu machen. Mit einer schon im Neuen Testament verwendeten

ökumenischen Formel können die Kirchen sich gemeinsam zu dem einen Herrn, dem einen Glauben und der einen Taufe als ökumenischem Grundsakrament bekennen. Wo die Dankbarkeit dafür den ökumenischen Geist prägt, werden auch weitere Schritte möglich.

Die Reformation hat die kulturelle Präsenz des christlichen Glaubens in unserem Land und in vielen Teilen der Welt stark beeinflusst. Die unverwechselbare Stimme dieses Teils der Christenheit wird auch in Zukunft gebraucht. Aber jede Kirche ist gut beraten, die wichtigen Merkmale ihrer jeweiligen Identität so zu verstehen und zu gestalten, dass sie das Gemeinsame stärken und fördern.

Dies ist zugleich das erste Reformationsjubiläum, das auch im evangelischen Bereich weltkirchlich geprägt ist. Nicht weil die Rede von der Globalisierung in aller Munde ist, sondern weil die Kirche Jesu Christi sich schon in den Bekenntnissen der frühen Christenheit als „katholisch“, also allumfassend versteht, kann auch ein Gedenken, das dem reformatorischen

Aufbruch gilt, nicht anders als umfassend verstanden werden. Mich berührt es, mit welcher Intensität Kirchen in Lateinamerika, Afrika und Asien „Refo500“, wie es an vielen Orten heißt, aufnehmen und ökumenisch gestalten. Daran spätestens wird deutlich, dass wir über die lutherische Reformation hinaus auch die anderen Strömungen reformatorischer Kirchenbildung wahrnehmen müssen: Reformierte und Anglikaner sowieso, aber ebenso auch die täuferischen Kirchen sowie die erstaunlichen und bisweilen auch befremdlichen Entwicklungen in stark wachsenden Strömungen der Weltchristenheit wie den evangelikalen und postevangelikalen, den charismatischen und pfingstlerischen Bewegungen unserer Zeit. Nur wenn wir diese Strömungen einbeziehen, kommen wir im Blick auf die Folgen der Reformation wirklich im 21. Jahrhundert an.

Die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesländer und eine große Zahl von Kommunen in unserem Land fördern das Reformationsjubiläum und verbinden damit die Hoffnung,

**„Der christliche Glaube versteht sich auch in den Stammländern der Reformation nicht von selbst. Er wird zu einer Option unter anderen.“**

dass dieses Gedenken dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft und dem Beitrag unseres Landes zum Frieden in der Welt gut tut. Auch die Kirchen nehmen an diesen Aufgaben Anteil und bringen dabei das ihnen Eigene in die Debatte um

Grundfragen des Zusammenlebens ein: das Vertrauen auf den gnädigen Gott und die Liebe zum Nächsten wie zu sich selbst. Dieser Beitrag der Kirchen hat hierzulande einen anerkannten öffentlichen Ort. Das wird in diesem Reformationsjubiläum in einer Weise bestätigt, die zur Dankbarkeit, ja auch zu demütigem Stolz Anlass gibt. Aber wir wissen, dass der Weg in die Zukunft offen und ungebahnt ist. Der christliche Glaube versteht sich auch in den Stammländern der Reformation nicht von selbst. Er wird zu einer Option unter anderen. Diesen Wandel müssen auch die Kirchen zur Kenntnis nehmen. Der Neigung, diese Veränderung zu verdrängen, dürfen sie nicht länger nachgeben. Als „stolz und bedrängt“ hat Matthias Drobinski die evangelische Kirche im Jubiläumsjahr der Reformation deshalb beschrieben. Die Aufgabe, die ich beschrieben habe, muss angepackt werden. Doch zur Resignation besteht kein Anlass. Weltweit steigt die Zahl der Glaubenden. Deshalb brauchen wir auch in Deutschland nicht ängstlich zu sein. Christen erkennt man daran, dass sie durch ihr Leben und Handeln Zuversicht ausstrahlen. Sie darin zu bestärken, ist die wichtigste Aufgabe der evangelischen Kirche, auch über das Jahr des Reformationsjubiläums hinaus.

## II. Reformation und Demokratie

Keiner der Reformatoren plante den Übergang zu dem, was wir heute als Demokratie bezeichnen. Doch ein Bild vom Menschen bahnte sich an, das den Übergang zu demokratischen Verfassungsformen in Kirche und Staat begünstigen konnte. Dass es dazu kam, war jedoch von vielen weiteren Bedingungen abhängig. Faktisch haben sich diese Impulse zunächst außerhalb Deutschlands und des Luthertums stärker ausgewirkt als im deutschen Luthertum. Die amerikanische Entwicklung kann als Beispiel dafür dienen, dass reformatorische Anstöße die politische Beteiligung gestärkt, die Anerkennung der gleichen Würde aller Menschen gefördert und der Demokratie gut getan haben. Dass das alles kein sicherer Besitz ist, zeigt sich in den politischen Entwicklungen der Moderne immer wieder – bis in unsere Gegenwart hinein.

Die lutherische Reformation in Deutschland war stärker auf die Anerkennung der Obrigkeit als auf die demokratische Umformung des Staats ausgerichtet. Die Fürsten wurden in den evangelischen Territorien zu Schutzherrn der Reformation; ohne diese Unterstützung wäre die Reformation wohl kaum auf Dauer erfolgreich gewesen. Darauf geht die staatsanaloge Struktur der deutschen evangelischen Kirchen zurück, die sich bis zum heutigen Tag erhalten hat. Von den fünf Jahrhunderten reformatorischen Kirchentums, auf die wir in diesem Jubiläumsjahr zurückblicken, waren in Deutschland nicht weniger als vier durch das Bündnis zwischen „Thron und Altar“ geprägt, für das keineswegs ein demokratisches, sondern vielmehr ein monarchisches Staatsverständnis ausschlaggebend war. Erst mit dem Ende der Monarchie im November 1918 kamen auch die vierhundert Jahre des landesherrlichen Kirchenregiments an ein Ende.

Zwar hatte die Reformation die politische Herrschaft ent sakralisiert und das weltliche vom geistlichen Regiment unterschieden. Dennoch war es zu einer Aufwertung der Rolle der Landesherren nicht nur in politischer, sondern auch in kirchlicher Hinsicht gekommen. Allerdings wurde zugleich eine Grenze formuliert, die auf lange Frist von großer Bedeutung war. Zwar galt die Pflicht zum Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, aber zugleich wurde der Satz Jesu aus dem Johannesevangelium eingeschärft: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Die Obrigkeit durfte sich demgemäß nicht in die Aufgaben des geistlichen Amtes einmischen. Markant sagte Luther im Jahr 1530: „Um so viel nun das ewige Leben das zeitliche Leben übertrifft, so weit und hoch geht auch das Predigtamt über weltliche Ämter hinaus.“

Ein schlichter Rückgriff auf das politische Denken der Reformationszeit greift nach alledem zu kurz. Eine politische Ethik für die Gegenwart hat sich unter anderem dadurch auszuweisen, dass sie zur Demokratie als Verfassungs- und Lebensform ein geklärtes und konstruktives Verhältnis entwickelt. Doch in Deutschland hat der Protestantismus den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Demokratie aufs Ganze gesehen mehr schlecht als recht bewältigt. Der deutsche Protestantismus hatte nicht die Kraft zu einer Ethik der politischen Form. Die Unvollkommenheit jeder Verfassung wurde nur allzu leicht zur Entschuldigung für eine Denkfaulheit, die sich der Frage nach Staatsform und Verfassung gar nicht erst stellte. Die Widerstandslosigkeit, mit der weite Teile des Protestantismus die Zerstörung der Weimarer Demokratie hinnahm oder förderten, war die Kehrseite einer solchen Gleichgültigkeit gegenüber der Frage der politischen Form. „Ja zum Staat, Nein zur Demokratie“, so hieß eine Parole, unter der viele Protestanten den Übergang zum nationalsozialistischen Führerstaat begrüßten.

Der Kirchenkampf nach 1933 bewirkte eine folgenreiche Wandlung in der evangelischen Ethik des Politischen. Das Schlüsseldokument der Bekennenden Kirche, die Barmer Theologische Erklärung von 1934, wandte sich entschlossen von jeder metaphysischen Verklärung des Staats ab und band dessen Handeln ausdrücklich und konsequent an die Aufgabe, in der Vorläufigkeit der „noch nicht gelösten Welt“ für Recht und Frieden zu sorgen. Allein in dieser Aufgabe hat dann aber auch die Loyalität der Bürger zum Staat ihren Grund, nicht in dessen metaphysischer Hoheit und Autorität. Indem die Barmer Theologische Erklärung auf die „gemeinsame Verantwortung von Regierenden und Regierten“ verwies, klang auch die Forderung nach einer Staatsform an, in der eine solche

„Christen in der Demokratie“ ist unter zeitlicher Perspektive ein Thema, das in Deutschland noch kein Jahrhundert umfasst.“



Verantwortung wahrgenommen werden kann: der Staatsform der Demokratie.

Nichts hätte näher gelegen, als dass die evangelische Kirche nach 1945 ihre Zustimmung zur neu errichteten demokratischen Verfassung in aller Form, in einer feierlichen Erklärung oder Denkschrift also, niedergelegt hätte. Nichts dergleichen geschah. Einer der Gründe mag sein, dass evangelische Christen in Deutschland-Ost und Deutschland-West unter zwei höchst gegensätzlichen politischen Systemen zu leben hatten. Doch ein anderer Grund lag zweifellos darin, dass die Gleichgültigkeit gegenüber der politischen Form den Protestantismus weiter begleitete. Kirchliche Äußerungen zu politischen Fragen häuften sich; doch die politische Form, die dem kirchlichen Öffentlichkeitsauftrag so großen Raum einräumte, wurde nicht erörtert.

Aber auch in Deutschland verbinden sich inzwischen die Impulse der Reformation auf kräftige Weise mit der Überzeugung von der gleichen Würde jedes Menschen und dem Eintreten für die rechtsstaatliche Demokratie. Der Ansporn zu aktiver Mitverantwortung gilt zu Recht als eine der wichtigen Botschaften der Reformation für unsere Gegenwart.

„Christen in der Demokratie“ ist unter zeitlicher Perspektive ein Thema, das in Deutschland noch kein Jahrhundert umfasst. „Christen in der Demokratie“ ist die Überschrift über einen mühevollen Lernprozess, den die Kirchen durchmachen mussten. Es ist aber auch die Überschrift über ein Zukunftsprojekt von hoffentlich unabsehbarer Dauer. Denn die christlichen Kirchen sind dem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen dankbar für die Bedingungen, unter denen sie hier und heute existieren können. Sie sind froh über die politische und rechtliche Ordnung der Demokratie und die vorzüglichen Gestaltungsmöglichkeiten, die diese für Individuen, politische und zivile Akteure bietet. Mehr als dies: Sie sind in hohem Maße solidarisch mit der Demokratie, bejahen sie und sind bereit, sie gegen Gegner und Feinde, bei Herausforderungen und in Gefahren zu unterstützen und zu verteidigen. Zu Recht behauptet Christof Gestrich: „Im heutigen Europa gehören die Kirchen im Zweifelsfall zu den überzeugtesten Verteidigern der Demokratie“. Die EKD hat das 1985 durch ihre Demokratie-Denkschrift

unterstrichen. Evangelische und katholische Kirche in Deutschland haben das 2006 durch ihr Gemeinsames Wort „Demokratie braucht Tugenden“ bekräftigt.

Sowohl in der Demokratie-Denkschrift von 1985 als auch im Gemeinsamen Wort von 2006 werden die notwendigen und inneren Affinitäten skizziert, die zwischen Christentum und Demokratie bestehen. Aus der Sicht des christlichen Glaubens gilt dabei zu allererst: Menschenwürde und Menschenrechte sind Kategorien, die nach christlichem Verständnis in der Gottebenbildlichkeit des Menschen wurzeln. Die im christlichen Glauben gebotene Nächstenliebe hat ebenso wie die ebenfalls zu ihm gehörende Feindesliebe die anderen Menschen als von Gott geliebte Personen im Blick; eben deshalb ist diese Liebe auf Frieden und Gerechtigkeit im zwischenmenschlichen Miteinander ebenso wie im Feld der Politik gerichtet. Politisches Handeln in der Demokratie ist darauf angewiesen, dass die Bürger und Bürgerinnen aus klaren und praxistauglichen ethischen Ressourcen heraus leben und ihre Normen, Werte und Ideale in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Rolle aktiv in das Gemeinwesen einbringen.

Dabei ist es unbestreitbar, dass auch die Wirtschaft, ja, sie in ganz besonderem Maße, Wichtiges zu Stabilität und Leistungsfähigkeit eines demokratischen Staatswesens beizutragen hat. Eine starke Wirtschaft kann eine Demokratie stärken, eine schwache Wirtschaft sie nachhaltig erschüttern. Aber auch im Blick auf die Wirtschaft kommt es nicht nur auf die Stärke, sondern auch auf die Verträglichkeit mit Demokratie und Rechtsstaat an. Eigensucht muss gezähmt, Regelverletzungen müssen geahndet werden.

Mit persönlichen Haltungen, die Befolgung des Rechts eingeschlossen, ist jedoch noch kein Staat zu machen. Eine gute Verfassung allein garantiert ebenfalls nicht den Erfolg des Gemeinwesens. Beides muss zusammen kommen – und darüber hinaus bedarf es einer begründeten und tragfähigen Hoffnung in den Herzen der Menschen. Christen in der Demokratie hoffen darauf, dass Gott diese Welt nicht im Stich lässt, sondern sie begleitet und dass er für das Leben auf dieser Erde eine gute Zukunft will.

Indem Christen inmitten der demokratischen Gesellschaft leben, stehen sie zugleich zu ihr in einem Verhältnis kritischer Solidarität. Sie identifizieren sich mit der Demokratie, glorifizieren sie aber nicht. Sie treten genau deshalb für die Demokratie ein, weil sie unter allen Staatsformen am realistischsten mit der Revisionsbedürftigkeit von Entscheidungen und der Verführungskraft der Macht rechnet. Deshalb sehen sie in der Gewaltenteilung, der Verleihung von Herrschaft auf Zeit und dem Vorrang des Rechts vor der Macht hilfreiche Bestimmungsmomente der Demokratie. Die Bejahung der Demokratie schließt ein, dass jede demokratische Ordnung verbesserungsbedürftig, aber auch verbesserungsfähig ist. Mit der Absage an jedes politische Gottesgnadentum ist die Aufgabe beständiger Verbesserung verbunden. Kein irdisches Gemeinwesen ist mit dem Reich Gottes gleichzusetzen.

Das reformatorische Bild vom Menschen preist die von Gott dem Menschen geschenkte Gerechtigkeit, zieht aber zugleich die Sündhaftigkeit und Fehlerhaftigkeit des Menschen ins Kalkül. Auch in dieser Hinsicht plädiert aufgeklärtes christliches Denken für einen menschlichen, einen menschengemäßen Staat. Der demokratische Rechtsstaat nimmt auf die Grenzen der Verlässlichkeit von Regierenden und Regierten Rücksicht. Seine Mechanismen der Machtkontrolle sollen die Folgen menschlicher Fehler in Grenzen halten. So nüchtern dieser Impuls der Reformation klingt, so unentbehrlich ist er, wie ein Blick gerade in die heutige Welt zeigt.

### III. Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Was verstehen wir unter gesellschaftlichem Zusammenhalt? Welche Anstrengungen verlangt er uns ab? Welchen Beitrag können die Anstöße der Reformation leisten?

Frühere Generationen hielten diesen Zusammenhalt für vorgegeben. Gesellschaftliche Verhaltensmuster und Autoritätsstrukturen, Gehorsam und Zwang eingeschlossen, sollten sicherstellen, dass das notwendige Maß sozialer Kohäsion nicht in Gefahr geriet. Familie, Staat und Kirche waren die dominierenden Muster gesellschaftlichen Zusammenhalts. Er war im Wesentlichen hierarchisch und damit vertikal organisiert. Stabile Rollenmuster – Obrigkeit und Untertan, Lehrer und Schüler, Pfarrer und Gemeinde, Eltern und Kinder, Männer und Frauen, Herr und Knecht – verbürgten den Zusammenhalt. Seine Strukturen und Inhalte waren traditionsbestimmt.

Wissenschaftlicher Fortschritt und gesellschaftliche Differenzierung trugen zum „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ bei. Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann unter modernen Bedingungen nicht einfach vertikal verordnet, er muss horizontal gestaltet werden. Rollenmuster verflüssigen sich, am Gewebe der Gesellschaft können alle aktiv beteiligt sein. Zusammenhalt durch Beteiligung tritt an die Stelle eines Zusammenhalts durch Anordnung. Die Verschiebung von Erziehungszielen symbolisiert diese Veränderung. An die Stelle von Gehorsam tritt wechselseitiger Respekt, an die Stelle von Pflicht Verantwortung, an die Stelle von Pünktlichkeit Selbstorganisation, an die Stelle von Anpassung verantwortete Freiheit. Die Vision einer demokratischen Gesellschaft beruht darauf, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt auf der Grundlage gleicher Freiheit möglich ist.

Auch religiöse Vorstellungen wandeln sich in diesem Zusammenhang. Das Gottesbild des mächtig thronenden Gottvaters tritt in den Hintergrund, Gott als Ursprung und Grund menschlicher Freiheit und Selbsttranszendenz gewinnt an Bedeutung. An die Stelle des hierarchischen Konzepts verfügt Zusammenhalt tritt die Idee, den sozialen Zusammenhalt als „Gemeinschaft aus kommunikativer Freiheit“ (Heinrich Bedford-Strohm) zu gestalten. Ein Bild wird entworfen, in dem der Gegensatz zwischen Selbstverwirklichungsinteresse und Gemeinwohlorientierung aufgehoben werden kann, in dem Individualität und Gemeinschaftsfähigkeit sich miteinander verbinden, in dem Diversität und Gerechtigkeit nicht als Alternative verstanden werden. Ein großes Ziel!

Gegenwärtig erleben wir eine wichtige Bewährungsprobe für dieses Verständnis gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ihr

**„Die Vision einer demokratischen Gesellschaft beruht darauf, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt auf der Grundlage gleicher Freiheit möglich ist.“**

Grund liegt in der radikalen Pluralisierung, die alle modernen Gesellschaften derzeit durchlaufen. Radikal ist diese Pluralisierung, weil sie sich nicht nur auf die Vielfalt von Interessen, sondern auf die Vielfalt von Überzeugungen bezieht. Herkunft, Kultur, Religion, Werte und Lebensform unterscheiden die Menschen in einem Maß, das weiter zu reichen scheint als die sozialen Abstände hierarchischer Gesellschaften. Das Projekt einer „Gemeinschaft aus kommunikativer Freiheit“ stößt mit neuen Fremdheitserfahrungen zusammen. Radikal ist die Pluralisierung auch infolge der Digitalisierung. Die digitalen Medien vervielfachen die Informationen und Beschäftigungen, die Spiele und Sensationen, von denen die einzelnen sich mit Beschlag belegen lassen. Zugleich

bewirken Technik, Wirtschaft und Bevölkerungswachstum einen Schub des menschlichen Herrschaftsanspruchs über den Globus; der Übergang zu nachhaltigen Formen des Lebens und Wirtschaftens wird dadurch zu einer allgemeinen Verpflichtung. Zukunftskompetenz und Zukunftsverantwortung werden aus diesen beiden Gründen zu zentralen Aufgaben. Wir brauchen eine große Debatte über große Zukunftsfragen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt zeigt sich in der Bereitschaft, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Von all diesen Aufgaben ist uns in den letzten eineinhalb Jahren die Herausforderung kultureller Pluralität angesichts der Migrationskrise besonders deutlich entgegengetreten. Unser Land hat auf diese Krise aktiv und selbstbewusst reagiert. Hunderttausende von Menschen, gerade auch aus den Kirchen haben sich eingesetzt und der Angst davor, wir seien diesen Herausforderungen nicht gewachsen, ein deutliches Zeichen von Bürgermut entgegengesetzt. Aber die großen Aufgaben der Integration stehen noch vor uns.

Für diese Aufgaben ist die Erinnerung hilfreich, dass die Reformation im Kern eine Bildungsbewegung war. Daran

können wir heute mit der Erkenntnis anknüpfen, dass Integration in ihrem Kern ein wechselseitiger Bildungsprozess ist. Die Bildungsgehalte für die in Deutschland Geborenen und Aufgewachsenen, der deutschen Sprache Mächtigen sind andere, aber sie sind genauso groß wie die Bildungsprozesse für diejenigen, die zuwandern. Im Übrigen dürfen wir angesichts der Zuwanderung die großen Bildungsaufgaben bei denjenigen, die in zweiter, dritter Generation hier leben, nicht vergessen. Da gibt es auch noch nicht vollendete oder abgebrochene Integrationsprozesse.

Schon die Reformation hat religiöse Bildung als einen zentralen Bestandteil allgemeiner Bildung verstanden. Das ist auch heute richtig. Integration schließt religiöse Bildung ein. Ein geklärtes Verhältnis zur eigenen religiösen Identität ist dabei genauso wichtig wie die Fähigkeit zur Wahrnehmung anderer religiöser Identitäten.

Integration soll Menschen helfen, von ihrer Freiheit einen verantwortlichen Gebrauch zu machen. Dabei ist die Freiheit derjenigen, die zu uns kommen, genauso wichtig wie die Freiheit derjenigen, die bereits in unserer freien Gesellschaft zu Hause



sind. Miteinander wollen wir unter dem Dach der Freiheit leben. Deshalb sind wir miteinander für die Bewahrung und Weiterentwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft verantwortlich. Auch Zuwandernde müssen in diese Mitverantwortung einbezogen werden.

Solche gemeinsame Verantwortung hat die Bereitschaft zur Selbstkritik zur Voraussetzung. Navid Kermani, der großartige Schriftsteller, hat in seiner Friedenspreisrede die These vertreten: Ohne jeden Einwand lieben kann man eigentlich nur den anderen, nicht sich selbst. Auf die Religionen hat er das so übertragen, dass er gesagt hat: An der fremden Religion kann ich mich so freuen, dass ich es überhaupt nicht notwendig habe, mich kritisch mit ihr auseinanderzusetzen. Aber die eigene Religion, zu der kann ich eigentlich niemals ein Verhältnis haben, das nicht ein Stück Kritik enthält.

Das ist eine Grundüberzeugung, die zutiefst mit dem Wesen von Kultur zusammenhängt. Denn Kultur ist nicht nur ein Medium der Identitätsbildung, sondern ein Medium der Kritik, der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, daher auch der Weiterentwicklung der eigenen Identität. Es ist vollkommen richtig, wenn man feststellt: Integration im Feld und mit Mitteln der Kultur meint eine Integration, die im Verhältnis zur eigenen Identität die kritische Auseinandersetzung einschließt. Wenn man dies zum Grundsatz erklären würde, könnte ich mich sogar mit dem Begriff der Leitkultur einverstanden erklären.

Man muss in diesem Zusammenhang noch etwas Weiteres feststellen: Integration als ein Prozess des Zusammenfindens von Verschiedenen muss sich wechselseitig vollziehen. Es kann nicht nur darum gehen, dass Menschen, die zuwandern, sich einfach einfügen in dasjenige, was da ist. Der Klarheit halber füge ich hinzu: Ich bin skeptisch gegenüber der schroffen Antithese zwischen Integration und Assimilation. Denn ich bin fest davon überzeugt, dass der Integrationsprozess auch ein Assimilationselement enthält, an dem man nicht herumdeuteln sollte. Aber es geht um einen wechselseitigen Prozess. Jede Integration dieser Art enthält die Aufgabe wechselseitiger Wertschätzung. Man muss neugierig aufeinander sein. Man muss herausfinden, was einem am anderen besonders wichtig und wertvoll ist. Man muss respektieren, was der andere wertschätzt. Es ist ganz einfach so: Nur wer selber weiß, was ihm wichtig ist, entwickelt ein Sensorium dafür, was dem anderen wichtig ist.

Nach meinem Eindruck fehlt es unserer Gesellschaft an Zutrauen zu dem, was ihr selber wichtig ist. Wer dieser Diagnose zustimmt, weiß, wo das Integrationsproblem der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland liegt. So wichtig wie die Bereitschaft zur Selbstkritik ist es, das zu bejahen, was den Gemeinsinn fördert. Genauso wichtig wie das Leben in überschaubaren und verlässlichen Gemeinschaften, genauso wichtig wie die kritische Solidarität mit dem Gemeinwesen und seinen Institutionen ist ein klares Ja zu den großen Aufgaben des Gemeinwohls. Neuerdings wird dieser Begriff wieder unbefangener verwendet als in den Jahrzehnten, die unter dem Bann der Individualisierung standen. Je vielfältiger die Lebensziele der einzelnen werden, desto unentbehrlicher ist es, sich darüber zu verständigen, worin die Güter bestehen, die für alle unentbehrlich sind: auskömmliche und faire Lebensbedingungen, Gesundheit und Lebensglück, stabile und nachhaltige Formen des Wirtschaftens, Sicherheit nach innen und außen, die Freiheit, Überzeugungen zu gewinnen, zu pflegen und zu gestalten, die Möglichkeit, sich Ziele vorzunehmen und Wege zu diesen Zielen zu erkunden. Die heutige Gesellschaft ist ein Netzwerk von Gemeinschaften, die sich bestimmten Werten und Überzeugungen verpflichtet fühlen. Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist jedoch nur dann

gewährleistet, wenn es zwischen ihnen einen „übergreifenden Konsens“ (John Rawls) gibt, einen ausreichend großen Überschneidungsbereich gemeinsam geteilter Werte. Bei wachsender Diversität wird die Verständigung darüber immer wichtiger. Für sie reicht es nicht, nur allgemein von Wertbindung und Werteeziehung zu reden. Es braucht auch eine Verständigung darüber, welche Werte in einem Gemeinwesen unentbehrlich sind. Bei aller Vorsicht, die dem Gedanken verfassungsrechtlich kodifizierter „Grundwerte“ gegenüber angebracht ist, lassen sich doch exemplarisch die grundlegenden Werte nennen, die Udo di Fabio gelegentlich als gemeinsame Werte der Europäischen Union hervorgehoben hat: Achtung der Menschenwürde, Frei-

heit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte.

Auch für die Religionen sind diese Werte verbindlich. Es reicht nicht,

» Nach meinem Eindruck fehlt es unserer Gesellschaft an Zutrauen zu dem, was ihr selber wichtig ist. «

dass sie diese Werte für sich selbst in Anspruch nehmen; sie müssen auch die Fähigkeit unter Beweis stellen, sie aktiv zu fördern und für sie einzutreten. Es reicht nicht, dass sie für sich selbst Religionsfreiheit und Toleranz einfordern; sie müssen Religionsfreiheit und Toleranz auch anderen gegenüber praktizieren. Keinem Angehörigen einer Religion kann es gleichgültig sein, wenn andernorts im Namen dieser Religion Handlungen verübt werden, durch die elementare Rechte mit Füßen getreten und Menschenleben ausgelöscht werden.

Die Ausflucht, die Berufung auf die Religion geschehe nur zum Schein, ist versperrt. Aus der Geschichte des Christentums wissen wir, dass wir uns auf eine solche Weise nicht von seinen dunklen Seiten frei zeichnen können. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt können Religionen nur beitragen, wenn sie zur Selbstkritik bereit und fähig sind. Der kritische Umgang mit der eigenen Geschichte gehört zu den wichtigsten Errungenschaften der Moderne, deren Segen auch die Religionen schätzen und in Anspruch nehmen sollten.

Damit ist schon gesagt: Religion gewährleistet nicht als solche sozialen Zusammenhalt. So sehr alle Religionen Motive der Liebe zum Nächsten und der Barmherzigkeit mit den Schwachen einschließen, so sehr wurden und werden sie auch zur Grenzziehung gegenüber den anderen benutzt. Religiöse Bindung vermittelt nicht nur Ich-Stärke, sondern wird auch zur Abgrenzung eingesetzt. Aus der Geschichte des Christentums kennen wir Fälle, in denen christliche Kirchen und Gruppen gegeneinander Krieg führten oder doch die Feindschaft kräftig orchestrierten. Das führte in einen Bankrott der Christenheit, aus dem sich die Kirchen zu einem neuen Verständnis ihres Auftrags und ihrer gesellschaftlichen Rolle aufrafften.

Keine christliche Konfession hat deshalb einen Grund zur Selbstgerechtigkeit. Alle müssen vielmehr ein starkes Bewusstsein der eigenen Identität mit einer ebenso starken Bereitschaft dazu verbinden, über die eigenen Grenzen hinauszuschauen und Gemeinsames zu suchen. Das Bewusstsein der Schuld und die Bereitschaft zur Versöhnung bestimmt deshalb den ökumenischen Charakter des Reformationsjubiläums, das wir in diesem Jahr begehen.

Aus eigener Erfahrung haben die Kirchen auch guten Grund dazu, ähnliche Lernprozesse in anderen Religionen zu erhoffen. Eine selbstkritische Haltung ist auch ein guter Ausgangspunkt für den Dialog mit dem Islam und für die Hoffnung, dass Formen des Islam an innerer Kraft gewinnen, die unter dem Dach der Freiheit und der Menschenrechte zu Hause sein wollen. Bei aller Hoffnung, die ich damit zum Ausdruck bringe, verkenne ich

nicht, dass der Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften derzeit unter einer ganz spezifischen Bedrohung steht, die mit dem islamistischen Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz durch Anis Amri am 19. Dezember auch Berlin erreicht hat und der uns vor zwei Tagen in schrecklicher Form in dem Anschlag nach einem Konzert in Manchester wieder vor Augen getreten ist. Denn wir kennen das dschihadistische Drehbuch, das Europa, den „weichen Bauch des Westens“, in einen „Bruch“ treiben will, wie Gilles Kepel sein neuestes Buch betitelt. Derartige Attentate, so erklärt er zum wiederholten Mal, haben gerade das Ziel, Islam-feindliche Stimmungen zu provozieren und dadurch Polarisierungen in die europäischen Gesellschaften hineinzutragen, an denen der gesellschaftliche Zusammenhalt schließlich zerbrechen soll. Aus Furcht vor einer solchen Polarisierung verharmlosen manche den religiösen Zusammenhang der Terroranschläge, die man nicht einmal mehr „islamistisch“ nennen soll, weil doch die Bevölkerung zwischen „islamisch“ und „islamistisch“ gar nicht unterscheiden könne. Weil pauschale Islamfeindlichkeit gefürchtet wird, soll die notwendige Aufklärung unterbleiben; die damit verbundene Verharmlosung wird in Kauf genommen. Doch an der nötigen Klarheit vorbei ist die Entwicklung zu einem Islam unter dem Dach von Freiheit und Rechtsstaat nicht zu haben. Deshalb bleibe ich bei der Überzeugung, dass Klarheit und gute Nachbarschaft bei diesem Thema unlöslich zusammen gehören.

Doch auch eine andere Klarstellung sollte wenigstens erwähnt werden. Auch Religionslosigkeit gewährleistet nicht als solche sozialen Zusammenhalt. Sie mag die Offenheit für unterschiedliche Lebensformen bestärken; sie kann aber auch das Diesseits für den höchsten Wert halten und damit in eine unbeugsame Ablehnung jeglichen Transzendenzbewusstseins führen. Menschenverachtende Gewalt, so lehrt die geschichtliche Erfahrung, kann mit Religionslosigkeit genauso begründet werden wie mit Religion.

Dem einen wie dem anderen können wir am ehesten dann widerstehen, wenn wir uns von den Reformatoren zu einer Haltung gelebter Überzeugung anstiften lassen. In einer Zeit radikaler Pluralität steht nicht zu erwarten, dass alle sich auf ein und dieselbe religiöse oder weltanschauliche Überzeugung verständigen werden. Eher kann der Fall eintreten, dass viele auf die grundlegenden Fragen nach Ursprung, Sinn und Ziel des Lebens nicht mit einer Haltung, sondern mit Enthaltung reagiert, mit einer allgemeinen Indifferenz, die sich mit einem Anything

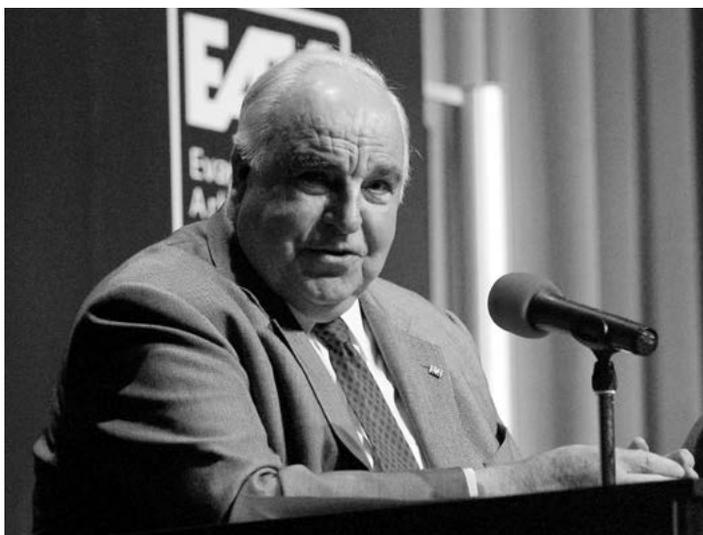
goes begnügt. Man wird eine solche Indifferenz vielleicht sogar als Toleranz ausgeben. Dabei ist Toleranz doch nur dann ernst gemeint, wenn man bereit ist, das zu achten, was einem anderen wichtig ist. Wie aber soll das möglich sein, wenn einem selbst nichts wichtig ist? Überzeugte Toleranz ist also gefragt; sie setzt Menschen voraus, die für ihre Überzeugungen einstehen. Der Schritt aus der Indifferenz in eine gefestigte Überzeugung ist nicht leicht; aber dem Zusammenhalt hilft er mehr als das behagliche Verharren in der Indifferenz.

„Wenn morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen.“ Kaum ein Wort Martin Luthers wird häufiger zitiert als dieses. Allerdings stammt es nicht von Martin Luther, sondern ist erst in den Jahren des Zweiten Weltkriegs zum ersten Mal nachgewiesen. In schwerster Zeit hat es eine Haltung gelassener Zuversicht zum Ausdruck gebracht. Sie ist das unentbehrliche Gegenstück zur Haltung gelebter Überzeugung. Nicht alles gelingt; und auch aus Scheitern lässt sich lernen. Nicht alles ist möglich; solche Demut ist eine wichtige Voraussetzung für mutiges Engagement. Aber die Erfahrung zeigt auch, dass zu Stande kommen kann, was kaum jemand erwartet: die deutsche Einheit mit allen Initiativen, die auf sie folgten, die Trinkwasserversorgung in Israel durch Entsalzung des Meerwassers, eine Energiewende in Deutschland, einhundert Digitalprofessuren in Berlin. Ihnen allen fallen andere Beispiele dafür ein, dass Unerwartetes möglich wird. Gelassen muss die Zuversicht sein, um vor Niederlagen nicht zu kapitulieren. Gelassen muss sie auch sein, weil alles, was wir Menschen zu Stande bringen, vorläufig und endlich ist. Aber mutig muss sie auch sein. Einzelne müssen vorangehen, damit andere sich anschließen. Manchmal muss man das Unmögliche denken, um das Mögliche zu erreichen. Ohne diese Bereitschaft hätte es nie eine Reformation gegeben. Mit dieser Bereitschaft kann sie auch in Gegenwart und Zukunft weiterwirken.



*Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber*

war von 1994–2009 Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und von 2003–2009 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland.



## *Trauer um den Kanzler der Einheit*

*Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) trauert um Dr. Helmut Kohl (1930 – 2017), den Bundeskanzler der deutschen Einheit, großen Europäer sowie verlässlichen Freund und Weggefährten des EAK.*

*Der Herr segne seinen Ausgang aus dieser Welt und seinen Eingang in Gottes Reich!*



Werner Thiede,  
**Evangelische Kirche – Schiff ohne Kompass?**  
 WBG, Darmstadt 2017, ISBN 978-3-534-26893-1  
 Gebunden, 280 Seiten, 29,95 EUR

Wenn das Reformationsjubiläum 2017 vor allem auch theologisch Sinn machen soll, so muss es letztlich zu einer neuen Besinnung der evangelischen Kirche auf ihren tragenden Grund und Ursprung und somit auf ihre eigene „Identität“ kommen. Werner Thiede fragt systematisch-theologisch präzise nach, ob Christus heute noch der „eigentliche Kapitän auf dem Schiff namens Kirche ist“ und analysiert – vor dem Hintergrund einer wissenschaftlich sauberen und hervorragend geschriebenen reformatorischen Grundbestimmung (die neben Luther u.a. auch Melanchthon, Zwingli und Calvin ins Gespräch mit einbezieht) – den derzeitigen Zustand der evangelischen Kirche. Er deckt auf, wie es um die Gewässer des Säkularismus steht und empfiehlt angesichts der Selbstsäkularisierung von Kirche: „Statt die seichten Gewässer des Säkularismus aktiv anzusteuern, sollte das Schiff der Kirche vielmehr der Welt genau das auszurichten versuchen, was die sich selbst nicht sagen kann.“ Thiede beschreibt fragwürdige „kulturprotestantisch“- , liberaltheologische und allgemein-pluralistisch ausgerichtete kirchliche Antwortversuche, die sich vor allem dem Zeitgeist anzubiedern versuchen, und fordert demgegenüber eine Rückbesinnung und „Konzentration aufs Evangelium als lebendige Botschaft, zu der ihr Herr sie ermächtigt und mit der er sie sendet“. Dies tut er wohlgerne, ohne dabei wiederum ins andere Extrem zu

verfallen und gewissermaßen reaktionär, traditionalistisch oder gar fundamentalistisch zu argumentieren.

Im zweiten Abschnitt des Buches, der den Titel „Vergewisserungen“ trägt, sind vor allem seine Ausführungen zum zentralen Datum der rettenden und befreienden Rechtfertigungsbotschaft, zur Bedeutung des ordinierten Amtes im Sinne seiner tragenden Funktion als eines letztlich von Gott selbst gestifteten, vollmächtigen Lehramtes sowie zur Aufgabe kirchenleitender Visitation (in ihrer Doppelausrichtung in Form der pastoralen Fürsorge und der Sorge um die Reinerhaltung der Evangeliumslehre) äußerst instruktiv. Und auch hier bleibt der Autor immer differenziert, selbstkritisch, lebensnah und umsichtig. Es wird deutlich: „Die längst fällige Rückbesinnung auf die vorwärtsweisenden reformatorischen Prinzipien muss vor allen Dingen realisieren, dass es hier nicht um dogmatischen Paragraphenstreit geht, sondern um das Festhalten von Erkenntnisprinzipien, die sich auf den lebendigen Christus selbst richten. Nicht biedere Prinzipienstreiterei ist das Motiv evangelischer Standfestigkeit, vielmehr dreht es sich in allen Punkten um zentrale spirituelle Wahrheiten, für die es denkend und bekennend einzustehen gilt.“ Sehr lesenswert und gleichzeitig eine gute Zusammenfassung sind die von Thiede neu verfassten „95 Thesen“ am Ende des Buches.

Empfehlung ★★★★★



DIE REFORMATION IST HOCHAKTUELL! JETZT ERHÄLTlich:

# Das EAK-Buch zum Reformationsjubiläum

Mit Beiträgen von Angela Merkel, Thomas de Maizère, Ursula von der Leyen, Wolfgang Huber u.a.

**Bestellbar über die EAK-Bundesgeschäftsstelle:**

ISBN 978-3-00-056782-7

Preis: 10,- €

# „Ehe für alle“



Erklärung von **Thomas Rachel MdB** zur Abstimmung im Deutschen Bundestag am 30.06.2017

**I**n Deutschland kann jeder nach seiner Fassung glücklich werden. Das ist gut so. Würde und Wertschätzung einer Person sind unabhängig von sexueller Orientierung oder anderen Unterscheidungsmerkmalen.

In einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft gibt es vielfältige Formen von Familien und Partnerschaftsmodellen. Grundlegende Werte wie Liebe, Freude, Geborgenheit und Verlässlichkeit in einer auf lebenslanger Dauer angelegten Beziehung werden auch von gleichgeschlechtlichen Paaren gelebt. Aus diesem Grund unterstütze ich die volle rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft. Dort, wo gleiche Werte gelebt, Rechte und Pflichten beidseitig ausgeübt werden und Menschen für einander eintreten, sollten auch gleichwertige rechtliche Maßstäbe ermöglicht werden.

Angesichts der geübten Rechtspraxis von Jugendämtern, Kinder aus dem Kindeswohl abträglichen Familienverhältnissen auch in die Obhut gleichgeschlechtlicher Paare zu geben, sollte im jeweils konkreten Fall auch die Adoption ermöglicht werden. Dabei ist – wie auch sonst – aber eine Einzelfallentscheidung aus Sicht des Kindeswohls zu treffen.

Der Begriff der „Ehe“ hat eine lange kulturelle und religiöse, christliche Tradition als eine auf Lebenszeit angelegte verbindliche Verbindung von Mann und Frau. Ausschließlich Paare von Frau und Mann können Kinder zeugen und Leben schenken. Jedes Kind hat einen Vater und eine Mutter.

Dies zeigt, dass die „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ und die „Ehe“ trotz ihrer rechtlichen Gleichstellung, dennoch in einem wesentlichen Aspekt unterschiedlich sind.

Der Begriff der „Ehe“ sollte deshalb aus meiner Sicht nicht umdefiniert werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Ehe als allein der Verbindung zwischen Mann und Frau vorbehaltenes Institut definiert und gesteht ihr einen eigenständigen verfassungsrechtlichen Schutz durch Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz zu. Eine Umdefinition des verfassungsrechtlich geschützten und vom Bundesverfassungsgericht klar bestimmten Ehebegriffs kann schon deshalb nicht durch ein einfaches Gesetz verändert werden.

Ich unterstütze eine rechtliche Gleichstellung von Ehe und gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Den vorliegenden Antrag lehne ich aber ab, da er den Begriff der Ehe umdefiniert.“

## Grußwort der KDNP aus Ungarn

**Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender, Thomas Rachel MdB!**  
**Sehr geehrte Minister und Staatssekretäre!**  
**Sehr geehrte Vertreter der Landesverbände und Gäste der 51. EAK-Bundestagung!**

Im Namen der Leitung der Christlich-Demokratischen Volkspartei in Ungarn, der KDNP, und der vielen römisch-katholischen, protestantischen, griechisch-katholischen, orthodoxen und anderen konfessionellen Mitglieder grüße ich Sie mit Freude und spreche Ihnen, den hochwürdigen Teilnehmern, Landes- und Bundesverantwortlichen und Gästen, meine besten Wünsche aus. Es ist sehr schön, dass Ihre Bundestagung zusammen mit der Eröffnung des 36. Deutschen Evangelischen Kirchentages stattfindet, und das obendrein im Reformationsjubiläum 2017. Der EAK wurde vor 65 Jahren durch die großartige geistige und organisatorische Arbeit des genialen lutherischen Juristen, Dr. Hermann Ehlers, gegründet. Seither haben die Protestanten in der Union – zusammen mit ihren römisch-katholischen Brüdern und Schwestern – im Bewusstsein ihrer christlichen Verantwortung und mit viel Fleiß immer wieder sehr wichtige und bedeutsame gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Impulse gesetzt. In diesem Prozess war auch die Wiedervereinigung der geteilten deutschen Heimat eine historische Gipfelleistung. Sie und Ihre christlich-demokratische Vorgänger haben sich mit dieser politischen Leistung und vielen anderen Beiträgen europaweit, aber auch in unserer Heimat Ungarn großen Respekt und Ehre erworben.

Rückblickend auf die 25-jährige politische Arbeit des Protestantischen Arbeitskreises der KDNP in Ungarn sind wir Ihnen sehr dankbar, denn Sie haben uns von Anfang an mit Ihrer Beratung und als wertvolles Beispiel – gleichsam als größerer Bruder – unterstützt und geholfen. Das Buch über die Protestanten in CDU/CSU von Herrn **Dr. Gottfried Mehnert**, das bei uns im Jahr 1993 erschienen ist, wurde beispielsweise in unserer ganzen Partei als eine politische Kompass bekannt und vermittelte uns viele gute und inspirierende Ideen für unsere eigene Arbeit. Vielen Dank dafür! Ich freue mich, dass die zwischenparteiliche Kontakte vor drei Jahren wieder neu aufgenommen wurden durch den Besuch des Bundesgeschäftsführers, Pastor **Christian Meißner**, demzufolge unsere Delegation jetzt auch zu Ihnen kommen konnte. Wir hoffen, dass unseren gegenseitigen Beziehungen in der Zukunft weiterentwickelt werden dürfen und sie die Probe der Zeiten sieghaft bestehen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen vom Herzen, dass der Allmächtige Herr der Geschichte Ihre Arbeit heute und in der Zukunft reich segnen möge zum Wohl Ihrer deutschen Heimat und der internationalen Gemeinschaft!

Mit Hochachtung und herzlichen Grüßen,

**Dr. Zsolt Semjén,**  
**Vize-Ministerpräsident Ungarns,**  
**Vorsitzender der KDNP**

# Impressionen von der 51. EAK-Bundestagung und dem EAK-Kirchentagsempfang

**A**uf der 51. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) ist der Parlamentarische Staatssekretär **Thomas Rachel MdB**, der auch Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist, zum achten Mal und mit großer Mehrheit zum Bundesvorsitzenden des EAK wiedergewählt worden.

95,71 Prozent der Delegierten aller EAK-Landesverbände stimmten für Rachel und bestätigten ihn damit im Amt. In seiner Rede vor den rund 400 anwesenden Delegierten und Gästen machte der EAK-Bundesvorsitzende deutlich, dass das „C“ im Parteinamen von CDU und CSU gerade auch in stürmischen politischen Zeiten weiterhin der entscheidende Kompass sei. Er unterstrich, kurz vor Beginn des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Berlin und Wittenberg, die Gegenwartsbedeutung der Reformation, die einen entscheidenden Beitrag für die gesamte deutsche Kultur und Geschichte geleistet habe. Und er bezeichnete sie als eine große Freiheits-, Bildungs- und Emanzipationsbewegung. Des Weiteren plädierte er dafür, auf der Basis gemeinsamer Werte, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa einzutreten und sich gegen alle Formen des politischen Radikalismus und Populismus auszusprechen.

Als stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende wurden die ehemalige thüringische Ministerpräsidentin Christine

Lieberknecht MdL, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt MdB (CSU), der hessische Landtagspräsident Norbert Kartmann MdL, die baden-württembergische Landtagsabgeordnete Sabine Kurtz MdL sowie Dieter Hackler gewählt, als Beisitzer: Henning Aretz, Hans Beck, Hans-Michael Bender, Dr. Michael Franz, Dirk Heuer, Hans-Jürgen Hopf, Melanie Liebscher, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Sybille Möller-Fiedler, Elke Middendorf, Elisabeth Motschmann MdB, Friedemann Schwarzmeier, Johannes Selle MdB, Herlich-Marie Todsens-Reese, Tobias Utter MdL und Frieder Weinhold.

Nach der Andacht, die von Christine Lieberknecht zu Beginn der Tagung gehalten worden war, gab es ein Grußwort des Evangelischen Arbeitskreises (PM) der KDNP aus Ungarn, das von dem Vorsitzenden **Dr. Antal Birkás** und seinem Stellvertreter **Dr. Lajos Békefy** entboten wurde.

Die thematische Hauptrede der 51. EAK-Bundestagung, die unter dem Motto „500 Jahre Reformation – Perspektiven für die Gegenwart und Zukunft“ stand, hielt der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD, Altbischof **Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber** (s. S. 3 ff in diesem Heft). Der EAK-Bundesvorstand verabschiedete des Weiteren zwei Resolutionen zum Thema „Europa“ und zum Reformationsjubiläum (Abdruck in der kommenden Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“). Am Abend, beim



v.l.n.r.: Meißner, Möller-Fiedler, Hopf, Heuer, Kartmann MdL, Bender, Weinhold, Utter MdL, Dr. Franz, Kurtz MdL, Hackler, Middendorf, Rachel MdB, Beck, Lieberknecht MdL, Aretz, Motschmann MdB, Schwarzmeier, Todsens-Reese, Liebscher, Prof. Dr. Merbach



Der EAK-Bundesvorsitzende begrüßt die Gäste



Der EAK-Bundesvorsitzende und seine fünf Stellvertreter/innen



Über 600 Gäste besuchen die 51. EAK-Bundestagung

traditionellen EAK-Kirchentagsempfang, sprachen die CDU-Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel MdB**, der EKD-Ratsvorsitzende, **Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm** und die Kirchentagspräsidentin **Prof. Dr. Christina aus der Au** zu den über 650 anwesenden Gästen des Konrad-Adenauer-Hauses.

Die Künstler des Luther-Oratoriums „Wir sind Bettler“ (von **Daniel Pacitti** und dem EAK-Bundesgeschäftsführer **Christian Meißner**) sangen einen ersten Ausschnitt aus dem Werk, das am 28. Juni 2017 in der Berliner Philharmonie uraufgeführt wurde. Die weitere musikalische Umrahmung kam vom mecklenburg-vorpommerschen **Posaunenchor „UHU“**, der nach den Grußworten zum Empfang den gemeinsam gesungenen Choral „Ein feste Burg ist unser Gott“ (EG 362) begleitete.



Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert



Die Künstler des Luther-Oratoriums mit der Bundeskanzlerin und dem EAK-Bundesvorsitzenden



Prälat Dr. Karl Jüsten im ökumenischen Gespräch © Christiane Lang



Der UHU-Posaunenchor aus Mecklenburg-Vorpommern © Christiane Lang



Rede der Bundeskanzlerin



Gemeinsames Singen des Luther-Chorals „Ein feste Burg ist unser Gott“ (EG 362)



Die Bundeskanzlerin und der EKD-Ratsvorsitzende zusammen mit dem UHU-Posaunenchor © Fromberg

## Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

## Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler, Norbert Kartmann, Sabine Kurtz, Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

## Redaktion

Dr. Johanna Schulze, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eakcdusu.de

## Spenden-Konto

Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

## Autoren

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber  
PSt Thomas Rachel MdB  
Christian Meißner (Leserforum, Meditation)

## Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

## Fotonachweis

Titelbild © Lena Uphoff  
S. 3: EAK © Johanna Schulze  
S. 5: EAK © Johanna Schulze  
S. 6: EAK © Johanna Schulze  
S. 8: EAK © Johanna Schulze  
S. 13: EAK © Johanna Schulze  
S. 14/15: © Johanna Schulze;  
© Christiane Lang; © Fromberg  
S. 16/U4: istockphoto © danchooalex

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer facebook-Seite!

**ClimatePartner**<sup>®</sup>  
klimaneutral  
Druck | ID 11854-1707-1005



# Meditation



*„Ich bete darum,  
dass eure Liebe immer  
noch reicher werde an  
Erkenntnis und aller  
Erfahrung.“ (Phil 1,9)*

sie guter Zuversicht bleiben mögen und dass ihre Liebe immer noch reicher werde an Erkenntnis und Erfahrung. Irgendwie seltsam, gelten doch „Heilige“ gemeinhin als vollkommen, oder?

Die frühen Christen sahen sich durch ihren Glauben gewiss auch stets als Fremdlinge in dieser Welt. Aber sie verstanden sich dabei keineswegs als elitär-abgesondert oder gar radikal entfremdet von allem Weltlichen. „Heiligkeit“ leiteten sie nicht aus sich selbst heraus ab, sondern sie begriffen sich allein als Geheiligte in und durch Christus, dem fleischgewordenen Wort Gottes, in dem alles Heil mitten unter uns Menschen ein für alle Mal erschienen ist.

Der unbedingte Verpflichtungscharakter in seiner identitätsstiftenden Dimension á la Schluchter bestand also von Anfang an nicht in irgendwelchen arkan-exklusiven Sondermysterien, sondern im lebendigen Zeugnis der unbedingten Liebe Gottes für diese Welt. In dieser Liebe als Gemeinde Christi zu leben und zu wachsen, schafft darum bis heute ein segensvolles Differenzbewusstsein zum Profanen und zugleich Erfahrungsräume des Heils mitten in dieser vorläufigen, zerrütteten und zerrissenen Welt.

**Christian Meißner,**  
EAK-Bundesgeschäftsführer

Der Soziologe Wolfgang Schluchter definiert wie folgt: „Für das Heilige sind Absonderung vom Profanen und unbedingter Verpflichtungscharakter typisch, weil es der Ort kollektiver Identitätsdefinition ist.“ Auch der Apostel Paulus, der trotz Gefangenschaft und Bedrängnis seiner Gemeinde in Philippi voller Zuversicht und Dankbarkeit schreibt, begrüßt seine Geschwister zu Beginn seines Briefes vollmundig als „Heilige“. Er ermahnt sie dann aber sogleich, dass